Kein Werben für's Töten und Sterben!

WARNUNG!

SOLDATEN KARRIERE

kann tödlich sein

Bundeswehr missbraucht Ausbildungsmesse zur Nachwuchswerbung

Die nach eigener Aussage größte "Studien- und Ausbildungsmesse in der Region" will den Besuchern Orientierung bieten, "welcher Studiengang oder welche Ausbildung am besten zu deinen Interessen passt". Unter den 120 angekündigten Ausstellern ist auch die Bundeswehr. Sie sucht nicht nur Fachleute für den technischen Verwaltungsdienst, sondern auch "Seiteneinsteiger" für die Offizierslaufbahn, "Auslandseinsatz möglich".
Der Hintergrund: Die Personalwerber der Bundeswehr suchen dringend Nachwuchs für eine Armee, die von ihrer politischen und militärischen Führung immer häufiger zu Auslandseinsätzen abkommandiert werden soll.

Nachwuchs für Kriegseinsätze
Die Bundeswehr braucht jedes Jahr rund 16.000 junge Männer und Frauen, die sich als Zeit- und Berufssoldaten verpflichten. Außerdem 12.500 freiwillig Wehrdienstleistende. Verteidigungsministerin von der Leyen, Außenminister Steinmeier und Bundespräsident Gauck haben bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014 deutlich gemacht, dass sie in Zukunft mehr Soldaten in noch mehr Einsätze, auch in Kriegseinsätze, schicken wollen. Die Auslandseinsätze treffen aber in der Bevölkerung auf Ablehnung. So ist die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger gegen den Krieg in Afghanistan und auch gegen Bundeswehreinsätze in Afrika.

Für die Bundeswehr führt das dazu, dass die Zahl der Verpflichtungen abnimmt. Hauptgrund sind die weltweiten Bundeswehreinsätze, die mit Landesverteidigung nichts zu tun haben.

Bundeswehr echt ätzend
Das Ansehen der Bundeswehr sinkt, nicht nur unter Jugendlichen, sondern auch bei denjenigen, die sich bereits verpflichtet haben. Nach einer Umfrage des Deutschen Bundeswehrverbandes würden über 70% der heutigen Berufssoldaten Verwandten und Freunden davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten. Besonders negativ ist der Umfrage zufolge das Stimmungsbild bei Soldaten, die an Auslandseinsätzen teilnehmen.

Anfang 2013 musste das Verteidigungsministerium eingestehen, dass die Abbrecherquote bei Freiwilligen steigt. Inzwischen scheidet mit 30,4 Prozent fast jeder Dritte in der sechsmonatigen Probezeit aus der Truppe aus. Im Jahr davor hatte die Abbrecherquote noch bei 27 Prozent gelegen.

Mehr als 70 Prozent der Berufssoldaten würden ihren Freunden und Verwandten abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten.

Fast jeder Dritte Freiwillige wirft bei der Bundeswehr innerhalb der Probezeit hin.

Jeder Soldat kann ab einer Verpflichtungszeit von 12 Monaten zu Auslandseinsätzen geschickt werden. Zwischen 2010 und 2012 wurde die vorgeschriebene Einsatzdauer von 4 Monaten in rund einem Viertel der Fälle überschritten.

Friedensbündnis Karlsruhe

Kein Werben für's Töten und Sterben!

Und auch die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr halten nicht so viel von ihrem Arbeitgeber. Laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des Verbands der Beamten der Bundeswehr (VBB) sind fast die Hälfte der Zivilbeschäftigten (rund 46 Prozent) mit der Bundeswehr als Arbeitgeber unzufrieden. Die Mehrzahl der Befragten (66 Prozent) würde die Armee als Arbeitgeber daher auch nicht weiterempfehlen.

Deshalb wirbt die Bundeswehr mit dem "Karriere-Truck", mit Beach-Volleyball-Turnieren, mit dem „Girls-Day", über die Arbeitsagenturen und an Schulen, um Jugendlichen die Armee schmackhaft zu machen.

Der Werbeetat der Bundeswehr steigt und steigt. Für die Truppe ist halt nichts zu teuer. Offenbar ist der alte Spruch noch gültig: "Bei der Rüstung sind sie fix - für Bildung und Ausbildung tun sie nix!" 2011 standen für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr 12 Millionen Euro zur Verfügung, ein Jahr später waren es schon 16 Millionen und 2013 wurden 29 Millionen veranschlagt.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland" machen. Dabei setzt sie besonders auf das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Problem dabei: Soldat ist kein Beruf wie jeder andere. "*Anders als Bäcker oder Quantenphysiker können Soldaten bei der Ausübung ihres Jobs getötet werden - und sie müssen bereit sein, selbst zu töten"*, schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" (22.05.2014). Und weiter: *"So wichtig mehr Kitaplätze, weniger Pendeln und flexiblere Arbeitszeiten sind: Getötet werden ist nicht familienfreundlich. Die McKinsey-Ministerin blendet das aus."* Und ihre Werbetruppen, die überall im Lande die Trommel rühren, tun es ihr gleich.

Keine Waffenexporte nach Katar und Saudi-Arabien!

Während seit Wochen die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen den terroristischen "Islamischen Staat (IS)" beschworen wird, genehmigt die Bundesregierung Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar, die zu den hauptsächlichen Unterstützern des IS gehören.

Und die Türkei, die den IS-Kämpfern als Nachschubbasis und Rückzugsgebiet dient, macht mobil, um mit eigenen Truppen in Syrien einzumarschieren. Angeblich zur Unterstützung der Kurden. Die erklärten Ziele der Türkei sind indes die Etablierung einer Flugverbotszone im Norden Syriens, die Einrichtung von "sicheren Gebieten" auf syrischem Territorium und die logistische wie militärische Unterstützung von Rebellengruppen, die gegen Damaskus kämpfen. Schon das zeigt, dass nicht die Schwächung des IS das eigentliche Ziel des Vorhabens ist.

Der "Islamische Staat" verfügt über keine Luftwaffe, die No-Fly-Zone ist daher in erster Linie gegen die Regierung in Damaskus gerichtet. Erdogans Schutzzone in Syrien bedeutet Krieg gegen die Kurden. Der Aufmarsch türkischer Panzer an der Grenze zu Syrien richtet sich zudem gegen Syrien als Staat. Denn das NATO-Land Türkei setzt weiter auf einen "Regime Change" in Syrien, koste es, was es wolle. Wollte die Türkei wirklich der kurdischen Bevölkerung helfen, müsste sie die Blockade der kurdischen Enklaven im Norden Syriens endlich aufheben.

Wenn die Bundesregierung weiter ihre militärische, polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation mit der Türkei aufrecht erhält, macht sie sich zum Komplizen der türkischen Politik. Und wenn sie nicht endlich die deutschen "Patriot"-Raketen aus der Südtürkei abzieht, wird sie womöglich demnächst in einen türkischen Krieg gegen Kurden und Syrien hineingezogen.

Friedensbündnis Karlsruhe

Kontakt: Arno Neuber, Hansjakobweg 5, 76275 Ettlingen, Tel. 07243-31142 oder Sonnhild Thiel, Alberichstr. 9, 76185 KA, Tel. 0721-552270 / 10.10.2014